

Oberbürgermeister Holger Kelch hat im April dieses Jahres eine Aktion des Vereins „Pro Lausitzer Braunkohle“ unterstützt, bei der u.a. das Staatstheater in Cottbus sowie die Stadtverwaltung rot angeleuchtet wurden. Mit dieser Aktion sollte wohl zeigen, was alles in der Stadt unter Druck geraten würde, wenn der Braunkohlebergbau in der Region eingestellt würde.

Offensichtlich steht der Region ein gravierender Strukturumbruch bevor - mit Verlusten an Arbeitsplätzen. Vattenfall-Chef Magnus Hall hat dies schon gegenüber Medien angekündigt (siehe Berichterstattung von Spiegel Online). Nun ist auch bekannt geworden, dass Vattenfall bereit ist, das Kraftwerk Jänschwalde unmittelbar zu schließen (siehe Handelsblatt vom 10.06.2015, Seite 9).

Diese Entwicklung hat sicherlich auch Auswirkungen auf Cottbus, wie die Aktion des Vereins „Pro Lausitzer Braunkohle“ deutlich machte. Der Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer, Wolfgang Krüger, sagte deshalb gegenüber den Medien, viele Menschen in der Region hätten Angst vor der Frage, was nach der Kohle komme. Dem ist durchaus zuzustimmen.

Deshalb ein paar Fragen an die Stadtverordnetenversammlung:

1. Die Aktion des Vereins ging von dem Fall aus, dass das Aus des gesamten Braunkohlebergbaus der Region bevorstünde. Welche Auswirkungen hätte dies auf den kommunalen Haushalt gehabt?
2. Wie hat sich das Steueraufkommen der Stadt durch den Vattenfall-Konzern in den letzten fünf Jahren entwickelt?
3. Stünde nur das Kraftwerk Jänschwalde zur Disposition: Welche Auswirkungen gäbe es dann auf den kommunalen Haushalt?
4. Hat die Stadt oder eine kommunale Einrichtung bzw. Betrieb in den letzten fünf Jahren Gelder Vattenfalls (oder von durch Vattenfall kontrollierte Stiftungen) in Form von Sponsoring oder Mäzenatentum erhalten? (Bitte auflisten!) Welche Gegenleistung haben die Stadt oder die kommunalen Einrichtungen bzw. Betriebe dafür erbracht?

Die Landesregierung Brandenburg wurde schon 2007 von einigen Beratern aufgefordert, einen Stufenplan für die Abkehr von der Kohle zu entwickeln – um den Strukturwandel sozialverträglich zu gestalten. Der Stadtverwaltung sollte dies damals bekannt geworden sein, zumal auch Bürgerinitiativen seither einen sozialverträglichen Strukturwandel fordern.

5. Hat die Stadtverwaltung seitdem Initiativen entwickelt, um Unterstützung seitens der Landesregierung zu erhalten? (Bitte auflisten!) Wie reagierte die Landesregierung?
6. Hat die Stadtverwaltung seitdem eine Strategie entwickelt, wie die Kommune auf einen Strukturwandel vorbereitet wird, um negative Auswirkungen zu mildern?
7. Hat die Stadt Cottbus den Verein „Pro Lausitzer Braunkohle“ seit dessen Gründung finanziell und/oder anderweitig unterstützt? (Bitte auflisten!)